

Atomverhandlungen mit Iran stehen still

Bei einem neuen Anlauf zur Lösung des Atomstreits hat die Staatengemeinschaft dem Iran am Wochenende keinerlei Zugeständnisse abringen können. Die Teheraner Regierung beharrte bei den zweitägigen Gesprächen in Istanbul auf ihren Vorbedingungen. Die Verhandlungspartner wiesen diese als unannehmbar zurück. Die Islamische Republik verlangte die Aufhebung von Sanktionen und pochte auf ihr Recht auf ein eigenes Atomprogramm. Die Sechsergruppe, bestehend aus den USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, zeigte sich enttäuscht. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad erklärte gestern, er hoffe auf neue Gespräche. EU-Chefdiplomat Catherine Ashton sagte: „Das ist nicht der Abschluss, auf den ich gehofft hatte.“ Die Sechsergruppe habe am Samstag konkrete Vorschläge unterbreitet. Es sei klar geworden, dass die iranische Führung nicht zu konstruktiven Diskussionen bereit sei. Die Tür für neue Gespräche bleibe dennoch offen. **DPA, REUTERS**

Südsudan wählt Unabhängigkeit

Die Südsudanesen haben nach offiziellen Angaben mit klarer Mehrheit für die Unabhängigkeit gestimmt. Auf der Website der Wahlkommission hieß es gestern, nach Auszählung fast aller Stimmen hätten sich fast 99 Prozent der Wähler für eine Abspaltung vom Norden ausgesprochen. Es wird damit gerechnet, dass der Süden seine Unabhängigkeit am 9. Juli erklärt. Noch sind Details unklar, unter anderem ist offen, wo der genaue Grenzverlauf liegen soll und wie die Gelder aus der Erdölförderung verteilt werden. **REUTERS**

260 Tote bei Unruhen in der Elfenbeinküste

260 Menschen sind seit Beginn der Unruhen in der Elfenbeinküste getötet worden. Das ist das Ergebnis einer Einschätzung der Vereinten Nationen. Allein in der vergangenen Woche waren es 13, sagte der Sprecher des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte, Rupert Colville, am Freitag in Genf. Seit Wochen weigert sich der bisherige Präsident Laurent Gbagbo nach der verlorenen Wahl die Macht an Alassane Ouattara zu übergeben. Ouattara wird von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Seitdem kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen von Anhängern beider Seiten. Laut Colville werden 68 Menschen vermisst. **DPA**

Händler des Todes soll im Herbst vor Gericht

Dem mutmaßlichen Waffenhändler Viktor But soll im Herbst in New York der Prozess gemacht werden. Richter Shira Scheindlin legte am Freitag in New York nach einer Anhörung des Russen den 12. September als Datum für die Eröffnung der Hauptverhandlung fest. Dem 44-jährigen drohen bei einer Verurteilung 25 Jahre Haft, seine Verteidigung fordert jedoch, dass der Prozess gar nicht erst beginnt. Der frühere Sowjetoffizier soll als „Händler des Todes“ jahrelang Terroristen, Rebellen und Diktatoren mit Waffen versorgt haben. **DPA**

US-Drohne tötet sechs Menschen in Pakistan

Bei neuen US-Drohnenangriffen im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan sind mindestens sechs Menschen getötet worden. Wie gestern aus Sicherheitskreisen in der Region verlautete, feuerte ein unbemanntes Flugzeug zunächst Raketen auf ein Fahrzeug im Stammesgebiet Nordwaziristan. Dabei seien vier Insassen des Wagens ums Leben gekommen. Später seien beim Beschuss eines Motorrads zwei Menschen getötet worden. Die Identität der Opfer war zunächst unklar. **DPA**

Europa lässt Griechenland im Asylstreit allein

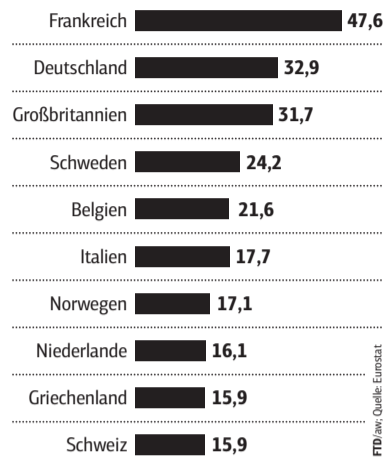
Nach dem Abschiebeurteil des Menschenrechtshofs fordert die EU-Kommission ein neues Asylsystem // Deutschland blockiert

Claus Hecking, Brüssel, und Friederike von Tiesenhausen, Berlin

Die Rüge des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wegen der Asylpraxis der EU hat einen Streit über die Flüchtlingspolitik ausgelöst. Während die Brüsseler Kommission nach dem Urteil vom Freitag ein neues, einheitliches EU-Asylsystem fordert, sperren sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und konservative Amtskollegen anderer Staaten gegen grundsätzliche Änderungen. Die geltende Dublin-II-Vereinbarung sieht vor, die Flüchtlinge in das Land zurückzuschicken, über das sie zuerst in die EU eingereist sind. Griechenland ist zurzeit das Hauptzugang für Asylbewerber. Doch das Land ist vom Ansturm komplett überfordert, und die Flüchtlinge leben dort oft unter unwürdigen Bedingungen.

Zuflucht Westeuropa

Anzahl der eingereichten Asylanträge in EU-Ländern 2009 in Tsd.



FT/News, Quelle: Eurostat

Die Straßburger Richter hatten Ende letzter Woche die Überstellung eines Afghanen aus Belgien nach Griechenland für menschenrechtswidrig erklärt und Belgien und Griechenland zu 25 900 Euro Schadensersatz verurteilt. „Die Entscheidung zeigt, dass die EU dringend ein gemeinsames Asylsystem schaffen muss“, sagte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström. „Ich lade die Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament ein, einen ausgewogenen Kompromiss zur Änderung der Dublin-II-Vereinbarung zu finden.“ Vor allem Staaten an der EU-Südgrenze fordern eine ausgewogenere Verteilung der Flüchtlinge. Die Mitteleuropäer sind dagegen. „Für uns gilt, dass Dublin II eine sinnvolle Regelung ist und sich über Jahre bewährt hat“, sagte ein Sprecher von de Maizière. Jetzt gehe es zuerst darum, dass Griechenland seine Defizite behebe. Auch Österreich wolle „wei-

termachen wie bisher“, sagte ein Sprecher von Innenministerin Maria Fekter. Der Fraktionsvize der konservativen Mehrheitsfraktion im Europaparlament Manfred Weber (CSU) sagte, an Dublin II dürfe „im Grundsatz nicht gerüttelt werden“. Erst im Dezember hatte eine von de Maizière, Fekter und Weber geführte Arbeitsgruppe mit konservativen EU-Spitzenpolitikern die geforderte Vereinheitlichung des Asylsystems ausgeschlossen. Da die Konservativen in vielen EU-Ländern Regierungspartei sind, gilt der Brüsseler Vorstoß als nahezu aussichtslos. Dennoch wächst nach dem Straßburger Urteil der Druck auf Reformen. Geklagt hatte ein Afghane, der 2009 über Griechenland nach Belgien eingereist war. Nachdem ihn Belgiens Behörden gemäß Dublin II abgeschoben hatten, wurde der Afghane nach eigenen Angaben in Griechenland

drei Tage lang zusammen mit 20 anderen Personen in einen kleinen Raum eingeschlossen: ohne genügend Frischluft und saubere Schlafgelegenheit. Nach Auffassung der Richter verstießen auch die belgischen Behörden gegen das Verbot menschenunwürdiger Behandlung, weil ihnen die katastrophalen Zustände griechischer Auffanglager bekannt waren. Da alle EU-Staaten die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben, können sich nicht über dieses Urteil hinwegsetzen. Angesichts der Zustände vor Ort hatte de Maizière vergangene Woche die Überstellung nach Griechenland für ein Jahr ausgesetzt. Auch hierzulande häufen sich die Verfahren im Umgang mit Asylbewerbern. So befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit dem Fall eines Irakers, der gegen seine Überstellung von Deutschland nach Griechenland klagt.

Orange Konterrevolution

Der früheren Ministerpräsidentin der Ukraine, Julia Timoschenko, droht Gefängnis. Doch im FTD-Gespräch vertraut die Ikone der Revolution auf den Freiheitswillen ihrer Landsleute

Nina Jeglinski, Kiew

Die Spannungen der letzten Monate sind Julia Timoschenko anzusehen. Die frühere Ministerpräsidentin ist schmal geworden, nachdenklich sitzt sie in ihrem Büro, das wie ein Abbild der ukrainischen Gesellschaft wirkt: An der einen Wand hängt ein moderner, überdimensionaler Flachbildschirm, gegenüber schmücken religiöse Bilder und Ikonen den Raum. Die Ukraine ist auf dem Weg zurück in die Vergangenheit, seit der prorussische Präsident Viktor Janukowitsch vor knapp einem Jahr die Wahl gewonnen hat. In der ehemaligen Vorzeigedemokratie der GUS-Staaten gibt es wieder politische Gefangene. Mehr als ein Dutzend Oppositionspolitiker sitzen in Haft, Andersdenkende werden von einer willkürlichen Justiz verfolgt. Dem ehemaligen Wirtschaftsminister Bogdan Danilischin wurde im Januar in Prag politisches Asyl gewährt, er gehörte bis März 2010 der prowestlichen Regierung Timoschenkos an. Auch Timoschenko, 50, steht unter enormen Druck: Sie darf das Land nicht verlassen, wird täglich verhört, auch ihr droht Haft.

„Die Ukraine muss zur Demokratie zurückkehren, dafür werde ich kämpfen“, sagt die Oppositionsführerin. Sie setzt ihre Hoffnungen auf die internationale Gemeinschaft. Im Westen habe man begonnen, die Lage richtig einzuschätzen. Das Asyl für Danilischin und die jüngste kritische Resolution des Europäischen Parlamentes zeigten, dass Janukowitsch unter Beobachtung steht. „Das ist für die politische Führung in Kiew das größte Problem. Janukowitsch müsste dazu mal Stellung nehmen, aber das ist nicht vorgesehen.“

Das Hauptquartier ihrer Partei Batkivschina (Vaterland) zieren Fotos aus besseren Tagen: Tausende Menschen stehen in einem Fahnenmeer auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Damals, in der Orange Revolution von 2004, wurde ein autoritärer Präsident verjagt. Timoschenko ist überzeugt, dass ihre Landsleute das Demonstrieren nicht verlernen werden. „Die Ukrainer sind ein freiheitsliebendes Volk, das hat sich in der Geschichte immer wieder gezeigt. Deshalb übt die Regierung auch derartigen Druck auf die Opposition und auf Andersdenkende aus“, glaubt sie. Nach russischem Vorbild sei Janukowitsch dabei, „die Opposition zu privatisieren, sich einen handzahnmen Verein zu schaffen“.

Laut Verfassung müsste es bereits im März Parlamentswahlen geben. Doch klar ist, dass es dazu frühestens im Herbst 2012 kommen wird – wenn überhaupt. „Janukowitsch weiß, dass er keine freien Wahlen mehr gewinnen wird“, sagt Timoschenko. Die Untersuchungen, die die neuen Machthaber kurz nach dem Amtsantritt im Frühjahr 2010 gegen ihre Regierung einleiteten, hätten zu nichts geführt. „Das Einzige, was sich jetzt zeigt, ist, dass es in der Ukraine auch Politiker gibt, die nicht korrupt sind. Als Regierungschefin habe ich das Gesetz nie gebrochen.“ Das gebe ihr heute die Kraft zu kämpfen.

„Korruption wird von der Regierung heute als Reform verkauft“, klagt sie. Nicht nur die Besetzungen wichtiger Ämter beweisen einen weit um sich greifenden Nepotismus. So wurde der Posten des Generalstaatsanwalts an einen Jugendfreund Janukowitschs vergeben, und auf dem Chefessel der Nationalbank sitzt ein heute 34-jähriger Bankangestellter, der mit der Familie des Präsidenten befreundet ist. „Prestigeprojekte wie die Fußball-EM 2012 dienen der Geldwäsche“, sagt die Politikerin. Ohne Ausschreibung sei ein dritter Generalunternehmer mit ins Boot genommen worden, an der Firma sollen Kabinettsmitglieder beteiligt sein. Den Veranaltern und Sponsoren empfiehlt Timoschenko, sich den Gastgeber genau anzuschauen und zu entscheiden, „ob die Ukraine noch das Land ist, an das man dieses Event 2007 vergeben hat“.



Auf und Ab

Politik Julia Timoschenko war von Januar bis September 2005 und von Dezember 2007 bis März 2010 Premierministerin der Ukraine. Bei der Präsidentschaftswahl Anfang 2010 unterlag sie Viktor Janukowitsch.

Geschäft Als Unternehmerin hatte sie vor dem Einstieg in die Politik ein Vermögen gemacht. Sie baute ein Energieimperium auf, das ihr den Spitznamen „Gas-Prinzessin“ eintrug.

Vorwurf Die Justiz wirft ihr nun die Veruntreuung von rund 210 Mio. Euro während ihrer Regierungszeit vor. Statt wie vorgesehen in Umweltprojekte soll das Geld in die Pensionskasse geflossen sein. Die Ukraine hatte 2009 im Rahmen des Kioto-Abkommens für den Verkauf von Emissionszertifikaten 320 Mio. Euro von Japan erhalten.

Täglich verhört und im Land festgehalten: **Julia Timoschenko** am Samstag auf einer Kundgebung der Oppositionsparteien in Kiew

Zustimmung für Berlusconi bröckelt

Regierungschef greift Ermittlungsbehörden an

Ungeachtet aller Skandale liegt die Partei von Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi in der Wählergunst vorn. Nach einer gestern von der Zeitung „Corriere della Sera“ veröffentlichten Umfrage käme Berlusconis Volk der Freiheit (PdL) bei Wahlen auf 30,2 Prozent. Die größte Oppositionspartei würde 24,5 Prozent der Stimmen bekommen. Allerdings bröckelt die Zustimmung für die PdL: Bei den Parlamentswahlen 2008 hatte sie noch 37,4 Prozent erhalten. Berlusconi, der wegen seiner Sexaffären in der Kritik steht, ging am Wochenende in die Offensive. Er warf den Ermittlern illegale Abhörmethoden vor.

Die jüngsten Anschuldigungen sind für den 74-jährigen Regierungschef, der schon so manchen Skandal unbeschadet überstanden hat, gefährlich. Denn für viele Italiener ist eine Grenze überschritten. Das Bild eines charismatischen und bei Frauen beliebten Medientycoons droht in das einer Witzfigur abzukippen. Denn im Zuge der Ermittlungen sind Zeugenaussagen an die Öffentlichkeit geraten, die Berlusconi als einen Narr dastehen lassen.

Selbst eher neutrale Blätter wie „La Stampa“ oder „Corriere della Sera“ porträtierten ihn nun als einen Mann, der selbst von Vertrauten und Freunden übers Ohr gehauen wird und von Starlets im Gegenzug für sexuelle Gefälligkeiten wie ein EC-Automat benutzt wird.

Die Mailänder Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, auf Feiern in seiner Villa eine damals 17-jährige Tänzerin für Sex bezahlt und damit eine Straftat begangen zu haben. Außerdem soll er sich bei der Polizei für die Freilassung der Nachtclubtänzerin Karima El Marouh – in Italien bekannt unter dem Namen Ruby – eingesetzt haben, als die wegen Diebstahls festgenommen worden war. Marouh soll eingeräumt haben, dass sie von Berlusconi Geld erhalten hat. Sex habe sie mit ihm nicht gehabt. Berlusconi bestreitet die Vorwürfe.

Am Freitag rief Papst Benedikt XVI. die Gesellschaft und die öffentlichen Institutionen dazu auf, zu ihren moralischen Wurzeln zurückzukehren. Die Sexaffären des Ministerpräsidenten erwähnte er dabei nicht. Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, die rechte Hand des Papstes, aber hatte sich am Vortag zu Berlusconis Affären direkt und kritisch geäußert.

„Ich laufe nicht weg und trete nicht zurück“, sagte der am Samstag, als er per Telefon bei einem Parteitreffen zugeschaltet wurde. Er steht auch politisch unter Druck. Im Dezember überstand er nur knapp einen Misstrauensantrag im Parlament. Das Verfassungsgericht kippte teilweise ein Gesetz, das ihn vor Ermittlungsverfahren schützte. **FTD, DPA, BLOOMBERG**